Peter-Georg Albrecht Distanzierte Nähe:

Caritas-Sozialarbeit, Kirchgemeinden und Gemeinwesen in Ostdeutschland

FORSCHUNG PÄDAGOGIK



Peter-Georg Albrecht

Distanzierte Nähe: Caritas-Sozialarbeit, Kirchgemeinden und Gemeinwesen in Ostdeutschland

Forschung Pädagogik

Peter-Georg Albrecht

Distanzierte Nähe:

Caritas-Sozialarbeit, Kirchgemeinden und Gemeinwesen in Ostdeutschland



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

1. Auflage Mai 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Monika Mülhausen / Bettina Endres

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media. www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier Printed in the Netherlands

ISBN-10 3-531-15002-2 ISBN-13 978-3-531-15002-4

Inhalt

Praxis	bewegt: Zum Geleit	/
A Eir	nführung	
1	Gesellschaft und Gemeinwesen brauchen Hilfe	11
1.1	Deutsche Zustände	
1.2	noch deutlicher in Ostdeutschland	14
1.3	Grund genug zu handeln?	16
2	Kirche und Caritasverband in Ostdeutschland -	
	zwei hilfreiche Akteure?	
2.1	Zur Erinnerung: Kirchgemeinden und Caritasdienste in der DDR	17
2.2	Skeptisch: Die katholische Kirche in den neuen Bundesländern	19
2.3	Verfangen: Zur Situation des Caritasverbandes	21
2.4	Caritas-Sozialarbeiter und ihre Kirchlichkeit	24
2.5	Seelsorger und ihr Gemeinwesen	26
3	Alte "Problemzonen" und neue Aufbrüche von Kirchgemeinden	
	und Caritasdiensten	31
3.1	Biblischer Grundauftrag und gegenwärtige Praxis	31
3.2	Zur Konzeption des Caritasdienstes Gemeindecaritas -	
	eine Antwort auf die drängenden Fragen?	34
3.3	Konturen caritativer Pastoral - ein Aufbruch?	35
3.4	Was möglich wird, wenn der Aufbruch gelingt	37
B Au	sführung	
4	Zur Untersuchung	43
4.1	Anlass: Eine Krise als Chance	43
4.2	Eine "dichte Beschreibung": Die Methodik der Studie	45
4.3	Ländlich geprägt, prosperierend und deindustrialisiert:	
	Die Untersuchungsorte	47
4.4	Ausgangsvermutungen: Caritasdienste und Kirchgemeinden	
	sind Partner kraft Auftrags	48
4.5	Zur Darstellung der Untersuchungsergebnisse	50
5	Portraits	53
5.1	Im Ländlichen: Die Akteure von Elbdorf	53
5.1.1	Tätig in der "Gemeinwesenarbeit außerhalb der Kirche":	
	Die Caritas-Sozialarbeiter in Elbdorf	53
5.1.2	Erste "Berührungspunkte" mit dem Gemeinwesen:	
	Die Kirchgemeindemitarbeiter von Elbdorf	59
5.1.3	"Dass ihr uns nicht alleine lasst!": Die Stadtverantwortlichen	
	in Elbdorf zu Caritasverband und Kirche	66

5.2	In der prosperierenden Stadt: Die Bergstädter Aktiven	71
5.2.1	Vorrangig für die eigene Kirchgemeinde:	
	Die Caritas-Sozialarbeiter in Bergstadt	.71
5.2.2	Wollen "ausstrahlen", wenn sie "im Glauben gefestigt" sind:	
	Die Kirchgemeindemitarbeiter von Bergstadt	.78
5.2.3	Kaum Kontakt: Die Stadtverantwortlichen in Bergstadt	
	und ihre Beziehungen zu Caritasverband und Kirche	.84
5.3	Im ehemaligen Industrie-Ort: Die Werkheimer Akteure	.88
5.3.1	Alles für eine bessere Soziokultur: Die Caritas-Sozialarbeiter	
	in Werkheim	.88
5.3.2	Für die "innere Mission": Die Kirchgemeindemitarbeiter	
	in Werkheim	96
5.3.3	Gute persönliche Beziehungen: Die Stadtverantwortlichen von	
	Werkheim und ihr Verhältnis zu Caritasverband und Kirche	102
6	Ergebnisse	
6.1	Die untersuchten Gemeinwesen, Kirchgemeinden und	
	Caritasdienste im Überblick	109
6.2	Von Vereinnahmung bedroht: Die Caritasdienste im Gemeinwesen	
6.3	Auf sich selbst bezogen: Die Kirchgemeinden im Gemeinwesen	118
6.4	Distanzierte Nähe: Kooperationen von Kirchgemeinden	
	und Caritasdiensten	122
6.5	Zusammenfassung	
6.6	Einige Folgerungen	
C We	iterführungen	
7	Caritasdienste und caritative Pastoral in der gegenwärtigen Praxis	133
7.1	Der Grund- und Fachdienst Gemeindecaritas vor Ort	133
7.2	Für eine caritativere Pastoral an der Basis	134
7.3	Zusammenfassung	136
8	Es bedarf eines Begriffes von Gemeinwesen: Forderungen an das	
	Leitbild des Deutschen Caritasverbandes und	
	entsprechende pastorale Leitlinien	137
8.1	Das Leitbild des Deutschen Caritasverbandes	
	im Lichte der Untersuchungsergebnisse	137
8.2	Pastorale Caritas-Leitlinien im Lichte der Untersuchungsergebnisse	140
8.3	Zusammenfassung	143
9	Deus caritas est	145
D Ani	hang	
	r: Kirche, Caritasverband, Gemeinwesen, Grundvollzüge -	
	die im Text verwendeten Begriffe	151
Quelle	n	155

Praxis bewegt: Zum Geleit

Im europäischen Vergleich wohlfahrtstaatlicher Dienstleistungssysteme zeigt sich, dass Wohlfahrtsverbände, insbesondere konfessionelle Verbände wie Caritas und Diakonie, in Deutschland eine zentrale Position innehaben. Aus einer europäischen Perspektive betrachtet ist das nicht immer selbstverständlich: Wie arbeiten kirchlich geprägte Anbieter auf dem wettbewerbsbasierten Dienstleistungsmarkt? Wie sind die konfessionellen Träger in der zunehmend pluralistischen zivilen Gesellschaft verankert? Welche spezifischen wohlfahrtstaatlichen Leistungen erbringen sie? Konfessionelle Träger von Sozialer Arbeit verstehen sich in ihrer Selbstwahrnehmung als Teil des bürgerschaftlichen Gemeinwesens, als Verkörperung der Anwesenheit der Kirche in der Gesellschaft, als zeitgemäß gestaltete Antwort auf soziale Bedarfslagen.

Die vorliegende Studie zeigt, dass das Gelingen dieses Anspruchs einen Spagat erfordert, der keine einfache Aufgabe und schon gar nicht eine Selbstverständlichkeit ist, sondern ständiger Reflexion und Selbstkritik bedarf. Die Studie bietet dafür gleichsam eine praxisnahe Anregung mit realistischen Visionen. Sie geht der Frage nach, inwieweit sich Kirchgemeinden auf ihr Gemeinwesen und Caritasdienste auf Kirchgemeinden einlassen und bezieht diese auf das eher wenig kirchlich geprägte Umfeld in Ostdeutschland - auf die Diaspora. Zugrunde liegt die These, dass die Wirkung beider im Gemeinwesen umso stärker ist, je mehr es gelingt, eine angemessene Form der Zusammenarbeit von Kirchgemeinden und Caritasdienste zu etablieren.

Die Studie ist aus der Praxis für die Praxis entstanden: Im Rahmen der Flutnachsorge förderte Caritas international in Ostdeutschland entlang der Elbe Pilotprojekte der örtlichen Caritasverbände, in denen SozialarbeiterInnen von 2003 bis 2005 den Auftrag hatten, gemeinwesenbezogen zu arbeiten und Kirchgemeinden in ihre Arbeit zu integrieren. Sowohl die beteiligten Caritasverbände als auch die Bistümer erhofften sich durch eine Evaluation Hinweise zur Situation und strategische verbands- und kirchenpolitische Handlungsempfehlungen.

Vorliegende Studie ist eine "dichte Beschreibung", eine alltagsnahe Analyse der Beziehungen zwischen Caritasverband, Kirche und Gemeinwesen - mit all ihren Ecken und Kanten. Sie schließt die häufig erkannte Kluft, die darin besteht, dass wissenschaftlichen Diskursen oft eine systematisch aufgearbeitete Praxis, eine mit-erlebte und dicht an der Basis erfasste Realitätsanalyse fehlt - vielleicht, weil viele nur allzu gut wissen, wie es um sie bestellt ist.

Die Beziehungen von Caritas-Sozialarbeit und Kirchgemeinden in ihren Gemeinwesen sind von spezifischen Akteuren, Situationen und Entwicklungen beeinflusst: den Gemeinwesensbezügen von Kirchgemeindemitarbeitern, Caritas-SozialarbeiterInnen und ihrer Kirchlichkeit, von der Situation des Gemeinwesens, einer Region und gesamtdeutschen Trends. Sie bestimmen mit, ob die Zielsetzung gelingen kann, mehr Gemeinwesen- und Kirchgemeindebezüge zu knüpfen.

Für die komplexen Zielsetzungen einer solchen Art von Studie war es ein enormer Gewinn, Peter-Georg Albrecht als Mitarbeiter zu gewinnen. Mit Herz, Seele und Intelligenz identifizierte er sich mit den zentralen, nicht immer eindeutig einzulösenden Ansprüchen der Studie. Er ist Sozialarbeiter, dem die Praxisentwicklung von Gemeinwesenarbeit viel bedeutet. Er ist Christ, der sich mit der Zielsetzung eines christlich fundierten Gemeinwesenbezugs und mit dem Leben von Kirchgemeinden identifiziert. Und er ist ein Wissenschaftler, der ein Interesse an Erkenntnisgewinnung und dem Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis hat. Es war eine Freude und eine Horizonterweiterung für mich, diese Studie zu begleiten, wofür ich mich bei allen Beteiligten bedanke.

Aila-Leena Matthies Professorin für Sozialarbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal Magdeburg, in der Woche der Ökumene 2006.

A Einführung

1 Gesellschaft und Gemeinwesen brauchen Hilfe

Die vorliegende Studie geht davon aus, dass die vielfältigen sozialen Probleme in den deutschen Gemeinwesen so tief greifend und deutlich sind, dass sie auch für Kirche und Caritasverband eine Herausforderung darstellen. Die gegenwärtige Situation ist prekär, in Ostdeutschland gar noch prekärer.

1.1 Deutsche Zustände

"Heute sind es vornehmlich wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit, der drohende Ausschluss ganzer Gruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe und die spürbare Verhärtung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Schwächeren, die… drängen" (Deutsche Bischofskonferenz 1999: 5.1.).

Die soziale Situation in Deutschland wird von vier mächtigen Entwicklungstrends beeinflusst: Arbeit wird knapper, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich, öffentliche Ressourcen werden geringer, nationalstaatliche Institutionen bekommen Legitimations- und Steuerungsprobleme (vgl. u.a. Beck 2005: 18, 36-39; Hengsbach 2005). Diese Entwicklungstrends führen zu anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit (Statistisches Bundesamt 2005: 107; Becker, Hauser 2006), zu Armut, Ausschluss und Spaltung (Beck 2005: 37-39; Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission zur Zukunft bürgerschaftlichen Engagements 2002). Sie werfen Fragen nach Umverteilungsmöglichkeiten und Selbsthilfe, Neu-Institutionalisierung und Solidarität auf (siehe Hengsbach 2005).

"Die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit hat sich zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt, das auch die Grundlagen der Bürgergesellschaft berührt... Insbesondere Bevölkerungsgruppen, die dauerhaft keinen Zugang zur Erwerbsarbeit mehr haben, sind von gesellschaftlicher Desintegration betroffen", diagnostiziert die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (2002: 435, auch 535ff). "Werden diese Menschen künftig den Bestand einer neuen Armutsbevölkerung ausmachen, die es in diesem Ausmaß in der alten und neuen Bundesrepublik Deutschland bislang nicht gegeben hat?", wird von Experten gefragt (für den Deutschen Caritasverband Broch 2005: 13). Dass die Massenarbeitslosigkeit und der stetig erfolgende weitere Arbeitsplatzabbau ein drängendes Problem sind, ist auch den deutschen Bischöfen bewusst (Deutsche Bischofskonferenz 1999: Teil 5.1.). Hinzu kommt: In den neuen Bundesländern ist der Erwerbsarbeitsrückgang kein punktuelles Phänomen, sondern betrifft die gesamte Bevölkerung. Die Arbeitslosig-

keit hält sich hier kontinuierlich auf sehr hohem Niveau (Statistisches Bundesamt 2005: 512). Der Übergang von der industriellen Planwirtschaft mit Vollbeschäftigung zur dienstleistungsorientierten Marktwirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit ist für viele Betroffene einschneidend. Der Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt scheint vielen Ostdeutschen schwierig, viele ostdeutsche Erwerbsarbeitsbiographien sind brüchig. Vor allem Jugendliche haben kaum Aussichten auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz vor Ort (Land 2003: 91-92).

Mit der Massenarbeitslosigkeit ist ein Ausschluss Einzelner und ganzer Gruppierungen aus der Gesellschaft verbunden. Menschen können Teilhabemöglichkeiten nicht nutzen. Der Ausschluss vom Erwerbsarbeitsmarkt ist für viele Betroffene psychisch und physisch problematisch; die gesellschaftliche Spaltung in Erwerbstätige einerseits und immer größere arbeitslose Bevölkerungsschichten anderseits nehmen Größenordnungen an, die besonders in der DDR unbekannt waren: "Benachteiligung und soziale Ausgrenzung sind kein Randproblem, sie gehören zur Realität in unserer Gesellschaft... In der Lebenssituation ausgegrenzter Menschen bündeln sich häufig verschiedene Diskriminierungsformen" (Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 541). Arbeitslosigkeit bedroht Lebensstandards. Zeiten der Bedrohung von lebensweltlichen, ökonomisch nicht determinierten Beziehungen und Strukturen sind angebrochen, die gesellschaftliche Situation ist "von vielen Konflikten und unerträglichen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten gekennzeichnet" (Apostolisches Schreiben von Papst Johannes Paul II. (1994): Tertio Millennio Adveniente. Bonn: 50). Insofern muss gefragt werden: Finden wir uns damit ab? Entsteht eine neue "vierte Welt" der Ausgeschlossenen (Castells 1998: 70ff), dem sich ein großer Teil der Bevölkerung wie auf einer "Insel der Wohlständigen" verschließt ("gated community") (Roth 2002: 728).

Was aber tun, wenn die finanziellen Ressourcen der öffentlichen Haushalte inklusive der Körperschaften wie Sozialversicherungen, die diese Situation bisher umverteilend regulierten, knapper werden? "Die finanzielle Situation bei Bund, Ländern, Kommunen und bei den Trägern der Sozialversicherungen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Teilweise ist die Lage dramatisch. Die laufenden Ausgabenverpflichtungen übersteigen die Einnahmen... Gesucht werden Lösungen, die den deutschen Sozialstaat nachhaltig stabilisieren" (für den Caritasverband Sans 2004: 27-28). Denn "betrachtet man die bisherige Sozialstaatsentwicklung in Deutschland, so muss auch die Caritas als ein nicht unbedeutender Akteur im Sozialstaat feststellen, dass es trotz - oder auch angesichts - eines hoch entwickelten Systems in der Wohlfahrtspflege bisher nicht gelungen ist, zentrale Problemlagen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in den Griff zu bekommen" (für die katholische Kirche Karl Lehmann 2005: 8). Das "wohlfahrtstaatliche Arrangement gerät heute - aus verschiedenen Gründen

an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit". In der Diskussion wird "die 'Krise des Sozialstaates'... meist als Finanzkrise, als Überbeanspruchung des Staates verstanden" (Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 104). "Die sozialen Sicherungssysteme sind in der vorliegenden Form nicht mehr finanzierbar und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt immer weiter" (Karl Lehmann 2005: 8-9). "Eine verbreitete Schlussfolgerung aus den Problemen des Sozialstaats ist die Rücknahme staatlicher Verantwortung zugunsten von Marktprozessen" (Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 105). Für sozialstaatliche Leistungserbringer wie den Caritasverband und die Caritas-Sozialarbeit hat das Rückschrauben von staatlichen Beihilfen jedoch dramatische Folgen: "Die veränderten Rahmenbedingungen sozialer Einrichtungen... beinhalten enorme Implikationen für die Rechtsträger von caritativen Einrichtungen und Diensten. Hier sind in erster Linie die schwindenden finanziellen Mittel zu nennen, die von staatlicher Seite... zur Verfügung gestellt werden" (Karl Lehmann 2005: 8-9). Kürzungen schmälern die Leistungsfähigkeit¹.

"Die Betrachtung des Sozialstaats aus der Perspektive bürgerschaftlichen Engagements zeigt (zusätzlich) eine andere Alternative auf: Bürgerinnen und Bürger sollen sich an politischen Entscheidungen beteiligen, aber auch bei der Erbringung von Leistungen mitwirken" (ebenda: Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 105). Wie gesamtgesellschaftliche Umverteilung gestaltet werden kann und ob Kürzungen durch subsidiäre Selbsthilfe zu kompensieren sind, ist eine offene Frage. Unklar und unsicher ist dies vor allem deshalb, weil immer weniger Menschen zur Mitwirkung in gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen bereit sind. Aktive Beteiligung sowie die Mitgliederzahlen von Verbänden schwinden². Besonders bei jungen Menschen zeichnet sich eine rapi-

¹ Zumindest zwei Gründe für die Verknappung öffentlicher Ressourcen werden regelmäßig genannt: steigende Ausgaben und Mindereinnahmen. Die Verknappung der Erwerbsarbeit führt zu Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte. Hinzu kommt, dass immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentenempfänger aufkommen müssen. Die gegenwärtige Finanzierungsstruktur des deutschen Sozialstaates gerät an ihre Grenzen.

² Die "Governance-Struktur", die sich in Deutschland durch starke korporatistische Verbände auszeichnet, ist im Wanken. Ein Grund für diese Entwicklung ist in der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen hohen Arbeitslosigkeit zu suchen. Besonders betroffen sind hiervon die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Letztere Gruppe verlor seit 1990 mehrere Millionen Mitglieder. Durch Streitigkeiten ist eine Reihe von Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten. Ein besonders die neuen Bundesländer betreffender Grund ist zweitens der von vielen Autoren problematisierte Institutionentransfer. Es wurden Institutionen installiert, ohne auf deren Anknüpfungsfähigkeit bei der lokalen Bevölkerung zu achten. Im Rahmen eines importierten Korporatismus wurden zum Teil nur "Organisationshülsen" übertragen (Wessels 1997: 25, vgl. zur Transformationsproblematik auch die Arbeiten von Thomas Olk, so z.B.: Olk 1996; Backhaus-Maul, Olk 1996; Angerhausen, Olk u.a. 1998). Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung beteiligt sich nicht, lebt insofern - was den anwaltschaftlichen Anspruch vieler Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften aber auch Wohlfahrtsverbände angeht - in einer "Vertretungslücke" (Wessels 1997: 25).

de Abnahme politischen Interesses ab (Statistisches Bundesamt 2005: 640). "Vereinsmüdigkeit" und "Politikverdrossenheit" trifft vor allem die klassischen gesellschaftlichen Beteiligungsinstitutionen (Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 73). Da die schwindenden Institutionen aber wichtige Funktionen der sozialen und politischen Integration der Bürger in der Gesellschaft inne haben, für Interessenartikulation und Interessensicherung des Einzelnen gegenüber dem Staat sowie für Entlastung des Staates durch Selbstorganisation und Selbsthilfe sorgen, sind sie bedeutungsvoll für jeden Einzelnen, für die Beziehungen der Bürger untereinander und für die Beziehung zwischen Bürgern und Staat. Werden Institutionen schwächer, so schwindet ihr Nutzen für die Gesellschaft. Der Institutionenrückgang führt zu einem Verlust an Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Entstehen nicht mehr Verluste als Gewinne, wenn klassische institutionalisierte Formen von Solidarität wegbrechen, weil sie nicht mehr attraktiv sind?

1.2 ...noch deutlicher in Ostdeutschland

"Finden wir uns mit der Zukunftsperspektive einer gespaltenen Gesellschaft ab, deren einer Teil weiterhin auf hohem Niveau an ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standards teilhat, während ein anderer, anwachsender Teil sich als 'Gesellschaft zweiter Klasse' verfestigt..., nicht selten diffamiert?" (Broch 2005: 16).

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland verläuft schleppend. Problematisch ist das Wohlstandsgefälle, das auch viele Förder- und Angleichungsversuche zwischen Ost- und Westdeutschland nicht überwinden konnten (Statistisches Bundesamt 2005: 603). Hinzu kommt, dass bestimmte Mentalitäten dazu führen, dass Institutionen (wie Wohlfahrtsverbände) von den Menschen gemieden werden, Selbsthilfe aber hoch im Kurs steht (vgl. z.B. Matthies, Kauer 2004). Daneben existieren Wohlfahrtsverbände, denen zum Teil jegliche Mitgliederbasis fehlt.

In den neuen Bundesländern bestehen massive wirtschaftliche Probleme; es herrscht Arbeitsplatzabbau, Pendlerzunahme und Abwanderung (Statistisches Bundesamt 2005: 54; Diewald u.a. 2004). Die Industrieproduktion insgesamt ging in den ersten Jahren nach der Wende auf ein Drittel zurück. (Steinitz 1998: 5). Auch wenn sich Gewerbean- und Abmeldungen heute die Waage halten, so

Natürlich liegt das - drittens - auch an den Menschen selbst, die keine Mitgliedschaften anstreben, weil sie aufgrund ihrer DDR-Erfahrung zu viele Einwände dagegen haben. "Die Veränderung erfolgt diesmal nicht wie in Deutschland üblich 'von oben', sondern vielmehr 'von unten'. Die intermediären Organisationen haben sich auf diese neue Situation einzustellen, in der sie mit einem anspruchsvolleren Bürger konfrontiert und gleichzeitig herber Konkurrenz ausgesetzt sind" (Priller, Zimmer 1997: 3).

ist die Zahl der Insolvenzen doch stetig gestiegen (Thomas 2003: 50-51). Konnte in Bezug auf 1990 und 1991 noch von Gründerjahren gesprochen werden, so überwiegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt Schrumpfungsprozesse. Das Abschmelzen der industriellen Kapazitäten hat seine Spuren hinterlassen: Der gravierende Wandel der Wirtschaftsstrukturen führte gleich nach der Wende zum Verlust von vielen einhunderttausend Arbeitsplätzen allein im produzierenden Gewerbe. Manche Autoren gehen von Arbeitsplatzverlusten von mehreren Millionen aus (so Steinitz 1998: 5). Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sinkt seitdem stetig, wenn auch gegenwärtig nicht mehr so stark wie Anfang der 1990er Jahre (Grundig u.a. 2006: 10). Eine große Anzahl Ostdeutscher ist heute Berufspendler - pendeln nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin (Diewald u.a. 2000). Der Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger und der Sozialhilfeempfänger ist im Steigen begriffen (Statistisches Bundesamt 2004, 2005: 110) - nur wenig beeinflusst vom vergleichsweise geringen Zuzug von Migranten. Die Pro-Kopf-Einkommen der Wohnbevölkerung, der Arbeitslosen und der Erwerbstätigen gehen auseinander. Nur wenige Gebiete und einige größere Städte sind als eine Art "Leuchttürme" anzusehen in vielen ländlichen Gegenden und Kleinstädten entstand seit dem Zusammenbruch der DDR-Ökonomie nichts Neues. Viele Menschen wandern ab.

Auch die DDR-Vergangenheit, obwohl nun schon mehr als 15 Jahre zurückliegend, ist ein gewichtiger Faktor, will man die gegenwärtige Situation der Menschen verstehen. In der DDR bestand nicht nur eine bestimmte Wirtschaftsstruktur und Vollbeschäftigung, in ihr prägten sich auch spezifische Mentalitäten aus, betrachtet man Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staats-Bilder, Religiosität und Kirchlichkeit sowie bürgerschaftliches Engagement der Ostdeutschen. Ein dichtes Netz an informellen Versorgungskanälen, Nachbarschaftshilfen und Tausch-Netzwerken ("Vitamin B") existierte neben einem Versorgungsstaat, der versuchte, möglichst das gesamte gesellschaftliche Leben zu kontrollieren. Zwar konnten sich der Mitgliedschaft in Massenorganisationen gerade einmal fünf Prozent der Bevölkerung entziehen, unterhalb der Leitungsebenen entwickelte sich jedoch eine Nischenkultur freiwilligen Engagements mit solidarischen Einstellungsmustern" (Roth 2001: 16). Trotz des "vormundschaftlichen Charakters" (Henrich 1989) des DDR-Systems, in der Freiwilligkeit und öffentliche Artikulation, also grundlegende Bürgerrechte fehlten, gab es neben der staatlich verordneten Solidarität "auf der Ebene der Betriebe und Hausgemeinschaften... durchaus Möglichkeiten für Eigeninitiative (und) Formen individuellen bürgerschaftlichen Engagements.... Gerade dabei wurde jene 'Solidarität' oft konkret praktiziert, die von der SED-Propaganda verbal eingefordert und häufig genug ideologisch missbraucht wurde" (Deutscher Bundestag/ Enquete-Kommission 2002: 225). Vielfach waren dabei neben den staatskritischen auch sonst parteikonforme